

An den Airports wird es eng

Luftverkehr. Die deutschen Flughäfen haben 2014 rund 3 Prozent mehr Passagiere gezählt als ein Jahr zuvor. Davon haben vor allem die großen Flughäfen profitiert, die allerdings mit zunehmenden Kapazitätsengpässen zu kämpfen haben. Der andere Gewinner ist der Staat, denn dessen Einnahmen aus der Luftverkehrssteuer stiegen auf mehr als 1 Milliarde Euro.

Im November vergangenen Jahres hatte das Bundesverfassungsgericht bestätigt, dass die seit 2011 erhobene Luftverkehrssteuer (Kasten Seite 2) nicht gegen das Grundgesetz verstößt. Damit kann der Bund die

Abgabe auch weiterhin kassieren. Und gerade 2014 sprudelten die Einnahmen mit etwas mehr als 1 Milliarde Euro besonders kräftig (Grafik). Weil der Abgabensatz je Passagier für Fernflüge am höchsten ist,

waren diese für den Fiskus am lukrativsten:

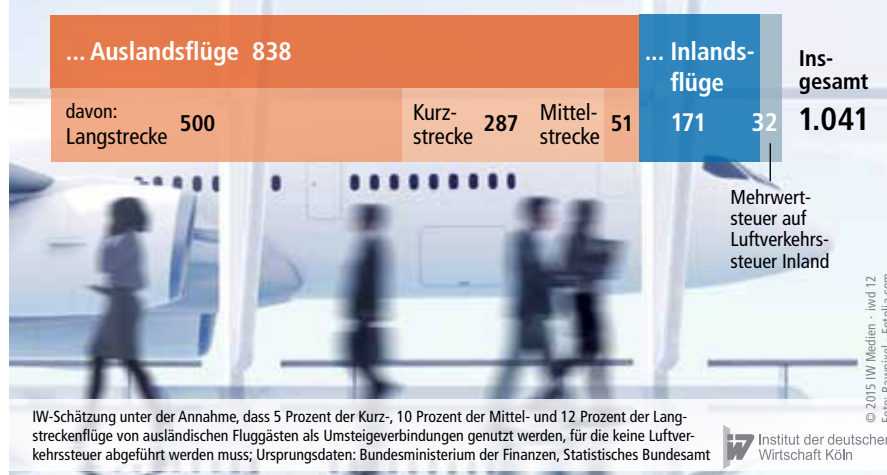
Mit 500 Millionen Euro machten die Abgaben auf Langstreckenflüge 2014 fast die Hälfte der gesamten Luftverkehrssteuereinnahmen aus. Inlandsflüge steuerten – einschließlich Mehrwertsteuer – nur gut 200 Millionen Euro bei.

Dass die Luftverkehrssteuer dem Bundesfinanzminister zuletzt immerhin rund 80 Millionen Euro mehr einbrachte als 2011, liegt am Anstieg der Fluggastzahlen. Laut Statistischem Bundesamt erreichte die Gesamtzahl der Passagiere an deutschen Flughäfen 2014 einen Höchstwert von gut 186 Millionen, der Flughafenverband ADV weist für 2014 sogar fast 209 Millionen Fluggäste aus.

Die Gründe für diese Rekordzahlen: Der deutschen Wirtschaft geht es gut und die Bundesbürger können sich dank steigender Realinkommen manche Extra-Reise leisten. Zudem entdecken immer mehr ausländische Touristen Deutschland als Urlaubsziel. →

Fliegen für den Fiskus

Einnahmen aus der Luftverkehrssteuer auf ... im Jahr 2014
in Millionen Euro



Inhalt

Entlohnung. Ein Grund für den Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern ist, dass Frauen im Laufe des Lebens auf deutlich weniger Vollzeit-Arbeitsjahre kommen als Männer.
Seite 3

Müll. Deutschland produziert mehr Abfall als die meisten anderen EU-Länder. Allerdings wird nirgendwo ein so großer Teil recycelt wie hierzulande.
Seite 4-5

Öffentlicher Dienst. Die Gewerkschaften wollen überproportionale Lohnerhöhungen für die unteren Entgeltgruppen durchsetzen. Angebracht wäre jedoch eine größere Spreizung der Tarife.
Seite 6-7

Kinderbetreuung. Trotz steigender Anforderungen haben nur wenige Kindergärtnerinnen einen Hochschulabschluss.
Seite 8

→ Von dieser Entwicklung haben allerdings in erster Linie die großen Flughäfen profitiert. So zählten die Berliner Flughäfen 2014 gut 6 Prozent mehr Passagiere als im Jahr zuvor, Hamburg verzeichnete sogar ein Plus von mehr als 9 Prozent. Dagegen sank die Zahl der Fluggäste im rheinland-pfälzischen Hahn um 8 Prozent, in Weeze am Niederrhein sogar um 27 Prozent.

Auch mittelfristig sind die großen Airports die Gewinner (Grafik):

Von 2005 bis 2014 nahm die Zahl der ankommenden und abfliegenden Passagiere in Berlin um fast zwei Drittel zu, in München um fast die Hälfte.

Gerade im vergangenen Jahr wurde dieser Trend durch das dynamische Wachstum des Auslandsverkehrs verstärkt – schließlich starten Fernflüge vor allem von den Großflughäfen. Allein die Zahl der Passagiere auf den Asienrouten erhöhte sich 2014 um fast 4 Prozent.

Die zunehmende Konzentration auf die „Big Five“ der deutschen Flughäfen birgt jedoch Probleme – denn die dortigen Engpässe werden immer größer. Einige Beispiele verdeutlichen dies:

In **Berlin** werden die Kapazitäten selbst dann zu gering sein, wenn der

Luftverkehrssteuer

Seit 2011 wird auf alle Abflüge von deutschen Flughäfen eine Luftverkehrssteuer erhoben. Für Flüge bis 2.500 Kilometer – maßgeblich ist die Entfernung bis zur Hauptstadt des Ziellands – sind 7,50 Euro pro Fluggast fällig. Dieser Satz gilt somit für alle Flüge zu Zielen in Europa. Bei innerdeutschen Flügen kommt noch die Mehrwertsteuer hinzu. Mittelstreckenflüge bis 6.000 Kilometer – in diesen Korridor fällt beispielsweise das Urlaubsland Ägypten – werden mit 23,43 Euro belastet. Für Flüge über 6.000 Kilometer sind sogar 42,18 Euro pro Ticket zu zahlen. Die Abgabe soll dem Staat zusätzliche Einnahmen beschermen, zugleich aber aus

ökologischen Gründen den Flugverkehr eindämmen. Seit 2012 ist das widersprüchliche Konstrukt noch komplexer geworden. Denn nun ist die Luftverkehrsabgabe mit dem Emissionshandel verknüpft. Die jährlichen Kosten, die den Fluggesellschaften durch den Kauf der benötigten CO₂-Zertifikate entstehen, sollen zusammen mit der Luftverkehrssteuer nicht mehr als 1 Milliarde Euro ergeben. Doch 2014 war schon die Steuer allein höher. Für die nun eigentlich anstehende Senkung der Steuersätze gibt es allerdings keinen Automatismus – wird die Politik nicht aktiv, müssen die Fluggäste weiterhin die derzeit geltenden Sätze zahlen.

neue Großflughafen endlich freigegeben ist. Denn schon heute wäre eigentlich eine Erweiterung notwendig, in die die Gesellschafter Berlin, Brandenburg und der Bund aber angesichts der bisherigen Kostenexplosion beim Bau des Flughafens kein Geld stecken wollen.

In **München** ist die für den zukünftigen Verkehr benötigte dritte Start- und Landebahn bereits genehmigt; finanziert werden könnte sie durch Nutzungsgebühren. Doch nachdem die Münchner in einem Volksentscheid die Startbahn abgelehnt haben, wagt es die Politik nun nicht, den Bau in Angriff zu nehmen.

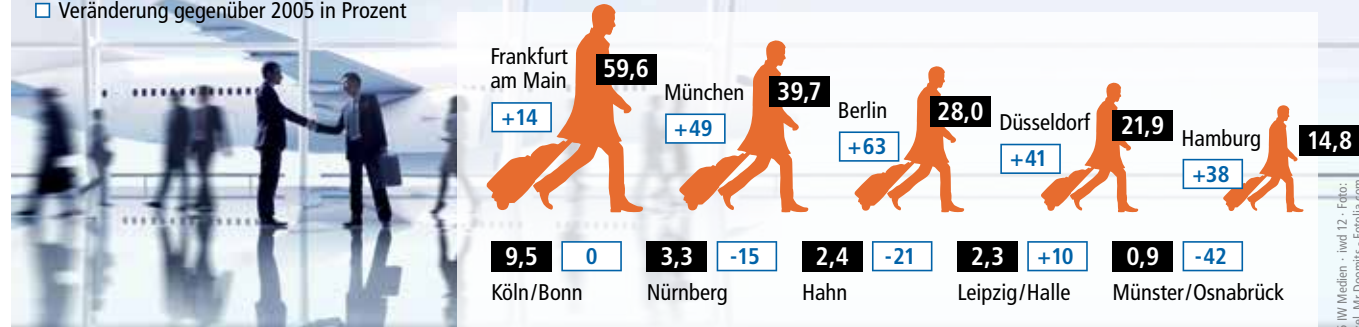
In **Hamburg** wurde die schon seit 40 Jahren geplante Verlagerung des innerstädtischen Flughafens ins Umland inzwischen endgültig zu den Akten gelegt. Damit ist ein weiteres Wachstum des Flugverkehrs hier ebenso wie in **Düsseldorf** kaum noch möglich.

Die Ausbaumaßnahmen am Frankfurter Flughafen allein können das Problem nicht lösen. Auch die von Verkehrsminister Dobrindt angeregte Verlagerung von Flügen zu Regionalflughäfen, speziell von Berlin nach Leipzig, ist kaum praktikabel – dazu sind die meisten zu weit von den Metropolen entfernt.

Die großen Airports wachsen weiter

Zahl der ein- und aussteigenden Passagiere an den fünf größten und an ausgewählten kleineren Flughäfen im Jahr 2014 in Millionen

□ Veränderung gegenüber 2005 in Prozent



Berlin: Tegel, Schönefeld und Tempelhof (nur 2005); Quelle: Flughafenverband ADV (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen)

Der kleine Unterschied von 15 Jahren

Entlohnung. Ein Grund für den Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern ist die Tatsache, dass Frauen wesentlich seltener Vollzeit arbeiten als Männer. Die Vollzeit-Lücke entsteht in der Phase der Familiengründung und Kinderbetreuung – und wird im Laufe des Lebens immer größer.

Am 20. März ist wieder Equal Pay Day. Bis zu diesem Tag müssten Frauen theoretisch über das Ende des vorherigen Jahres hinaus weiterarbeiten, um den gleichen Durchschnittsverdienst wie Männer im Vorjahr zu erhalten. Das Statistische Bundesamt beziffert diese Lohnlücke seit Jahren auf 22 Prozent.

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat diese Zahl schon vor Jahren zur „Unstatistik des Monats“ gekürt. Sie liefere keinerlei Information darüber, „ob bei der Entlohnung

equal pacE

Zur freiwilligen Analyse von Entlohnungsunterschieden zwischen den Geschlechtern steht Unternehmen nun auch international (zunächst im Vereinigten Königreich) das Software-Tool equal pacE zur Verfügung (www.equal-pace.eu). Es basiert auf dem in Deutschland etablierten Analyseverfahren Logib-D (Lohnleichheit im Betrieb – Deutschland, www.logib-d.de), das vom Bundesfamilienministerium gefördert wird. equal pacE steht für „equal gender pay analysis for a competitive Europe“ und wird schrittweise auch in Finnland, Frankreich, Polen und Portugal eingeführt. equal pacE wird durch das PROGRESS-Programm der EU kofinanziert und durch das Bundesfamilienministerium finanziell unterstützt.

Die Vollzeit-Lücke

Lesebeispiel: Die Gruppe der 40- bis 45-jährigen Männer hat (Stand: 2012) durchschnittlich bereits 17,7 Jahre Vollzeit gearbeitet, die gleichaltrigen Frauen kommen dagegen nur auf 11,2 Jahre.

	MÄNNER	FRAUEN
20 bis unter 25 Jahre	1,4	1,1
25 bis unter 30 Jahre	4,0	3,4
30 bis unter 35 Jahre	7,9	5,8
35 bis unter 40 Jahre	13,3	8,4
40 bis unter 45 Jahre	17,7	11,2
45 bis unter 50 Jahre	23,3	13,6
50 bis unter 55 Jahre	28,5	17,3
55 bis unter 60 Jahre	33,5	20,9
60 bis unter 65 Jahre	38,1	23,4

Geleistete Vollzeitarbeit in Jahren

Nur abhängig Beschäftigte, ohne Beschäftigte im öffentlichen Dienst und ohne die Branchen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung, Verteidigung
 Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - IwD 12

Frauen und Männer wirklich ungleich behandelt werden“. Bestehende Unterschiede wie zum Beispiel in Sachen Ausbildung, Berufserfahrung und Arbeitszeit würden dabei gar nicht berücksichtigt.

In der Tat lassen sich beispielsweise bei der Arbeitszeit beachtliche Differenzen feststellen (Grafik):

Männer im Alter von 60 bis 65 Jahren haben durchschnittlich 38 Jahre in Vollzeit gearbeitet – gleichaltrige Frauen fast 15 Jahre weniger.

Dabei ist die Vollzeit-Lücke zwischen Frauen und Männern zu Beginn des Berufslebens noch sehr klein, die Kluft tut sich erst in der Rushhour des Lebens auf – also dann, wenn zwischen 30 und 40 die ersten Karriereschritte anstehen, mit der Geburt und der Betreuung von Kindern aber gleichzeitig auch die Familienphase beginnt.

Allerdings wird die Lücke auch später nicht kleiner, sondern wächst

sogar. In dieser Lebensphase sind Berufstätige vermutlich häufig auf Ganztagsangebote in der Schule angewiesen, auch die Pflege von hilfebedürftigen Angehörigen gewinnt an Bedeutung. Außerdem sind für die älteren Beschäftigten traditionelle Erwerbsmuster oft noch ein größeres Thema als für jüngere.

Wie eine neue Studie des IW Köln zeigt, ist – neben anderen Faktoren – gerade die in Vollzeit gesammelte Berufserfahrung ein wichtiger Erklärungsfaktor für die Verdienstunterschiede von Frauen und Männern.

Wenn der Staat Frauen also helfen will, die Vollzeit-Lücke zu schließen, dann am besten mit Angeboten, die es ihnen erleichtern, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen und – wenn gewünscht – Vollzeit zu arbeiten.

Vgl. IW policy paper 10/2015 unter:
iwkoeln.de/genderpaygap

Alles Müll?!

Der Haushaltsmüll

611 Kilogramm Müll produziert jeder Deutsche im Jahr. In den meisten anderen Ländern muss die Müllabfuhr viel weniger Siedlungsabfälle wegschaffen. Vor allem die neuen EU-Staaten machen weniger Dreck.

Siedlungsabfall in Kilogramm pro Kopf im Jahr 2012



Quelle: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw12.12

76

Einweg-Tragetaschen und 39 dünne Plastiktüten für Obst, Gemüse oder Aufschnitt benutzt jeder Bundesbürger laut der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung pro Jahr. Der EU-Durchschnitt liegt bei 198 Einweg-Tragetaschen pro Einwohner und Jahr.



Auf einer Fläche größer als Indien treiben Abfälle im Pazifik – nur einer von mehreren riesigen Müllstrudeln in den Meeren. Laut deutschem Umweltbundesamt sind es bis zu

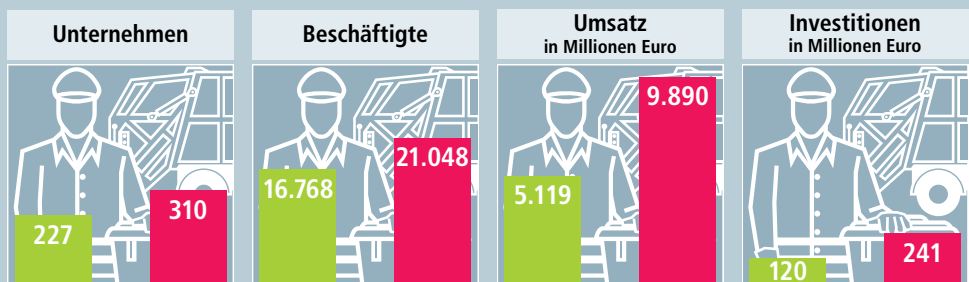
140

Millionen Tonnen Abfall, die in den Meeren liegen, schwimmen oder an den Stränden liegen.

Die Recyclingbranche in Deutschland

■ 2009 ■ 2012

Seit 2009 ist die Zahl der Unternehmen um mehr als ein Drittel und die Zahl der Jobs um ein Viertel gewachsen. Gleichzeitig haben sich Umsatz und Investitionen in etwa verdoppelt.



Recyclingbranche: Unternehmen der Rückgewinnung mit 20 und mehr Beschäftigten; Quelle: Statistisches Bundesamt

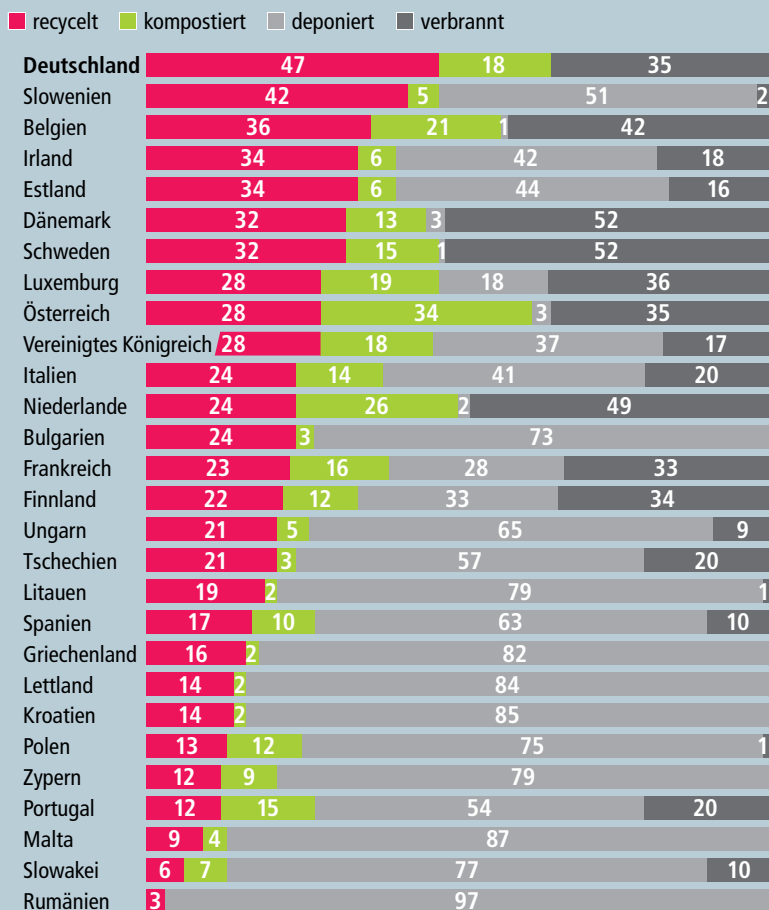
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw12.12

Die Abfallbehandlung

Deutschland ist in Europa nach wie vor Spitzenreiter beim Recycling. Sämtliche kommunalen Abfälle werden behandelt, also recycelt, kompostiert oder verbrannt. Während europaweit noch immer 34 Prozent aller Abfälle auf Deponien landen, liegt dieser Wert in Deutschland bei null.

So viel Prozent der Siedlungsabfälle wurden im Jahr 2012 ...



Quelle: Eurostat

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iw12

7 Millionen Tonnen Lebensmittel landen jährlich in deutschen Haushalten im Müll – vor allem Obst und Gemüse, Backwaren und Milchprodukte, so eine Studie der Universität Stuttgart. Das entspricht **82** Kilogramm Lebensmittel pro Person – also ungefähr zwei Einkaufswagen voll im Wert von 235 Euro.

Das Hausmüll-Recycling in Deutschland

Zwei Drittel des deutschen Hausmülls werden mittlerweile recycelt oder kompostiert. Bioabfälle, Glas und Elektrogeräte werden vollständig stofflich verwertet. Bei gemischten Verpackungen und sonstigen Wertstoffen sowie Sperrmüll sind die Recyclingquoten zwar nicht so hoch, dennoch können diese Stoffe größtenteils energetisch verwertet werden.

Recyclingquoten in Prozent



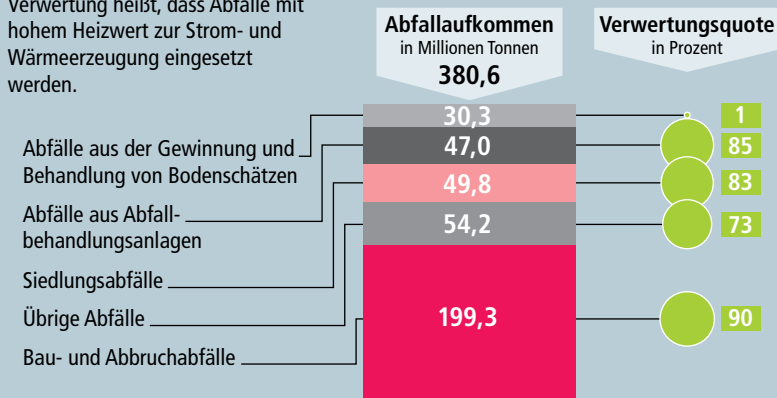
Stand: 2012; Quelle: Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iw12

Die Verwertungsquoten

Mehr als die Hälfte des Abfalls in Deutschland sind Bau- und Abbruchabfälle. Hier sind die Recyclingquoten besonders hoch. Etwa zwei Drittel der Siedlungsabfälle können recycelt oder kompostiert und weitere 18 Prozent energetisch verwertet werden. Energetische Verwertung heißt, dass Abfälle mit hohem Heizwert zur Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt werden.



Stand: 2012; Quelle: Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iw12

© Foto: laubelstockphoto - Fotolia.com

Wer gewinnt im Tarifpoker?

Öffentlicher Dienst. In der laufenden Tarifrunde des öffentlichen Dienstes fordern die Gewerkschaften überproportionale Lohnerhöhungen für die unteren Entgeltgruppen. Dabei werden An- und Ungelernte in der öffentlichen Verwaltung bereits verhältnismäßig gut bezahlt, wie ein Vergleich zeigt. Statt die Löhne der Staatsbediensteten pauschal anzuheben, wäre eine größere Spreizung angebracht.

Eine Lohnerhöhung von 5,5 Prozent, mindestens aber 175 Euro mehr pro Monat – so lautet die Forderung der Tarifgemeinschaft aus ver.di, Beamtenbund und Tarifunion sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in der laufenden Tarifrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Kommt es tatsächlich zu diesem Abschluss, müssten die Länderhaushalte allein für die 1,2 Millionen Beamten jedes Jahr 6,4 Milliarden

Euro an Gehaltserhöhungen stemmen, schätzt die TdL. Und das ist längst noch nicht alles. Hinzu kommen noch die Ausgaben für jene angestellten Lehrer, die höher eingruppiert werden sollen, damit ihre Gehälter an die der beamteten Lehrkräfte angeglichen werden.

Doch nicht nur das geforderte Gesamtvolumen stellt in dieser Tarifrunde ein Problem dar. Auch die Mindestanhebung um 175 Euro im öffentlichen Dienst ist heikel. Die Gewerkschaftsseite verlangt dies vor

allem, um den Abstand der untersten Entgeltgruppe zu den Beschäftigten mit gesetzlichem Mindestlohn zu vergrößern. Während Ungelernte derzeit 1.573 Euro pro Monat bekommen, erzielt ein Mindestlöhner bei einer 40-Stunden-Woche ein Monatseinkommen von 1.472 Euro.

Eine Lohnerhöhung von monatlich 175 Euro in der untersten Entgeltgruppe des Tarifvertrags der Länder entspricht einem Zuwachs von bis zu 11 Prozent.

Solch eine überproportionale Erhöhung wertet Arbeit, für die keine abgeschlossene Berufsausbildung nötig ist, sondern nur ein maximal dreimonatiges Anlernen, gegenüber Fachtätigkeiten und hochqualifizierten Tätigkeiten auf. Dass dies unangebracht ist, zeigt ein Vergleich der Lohnniveaus zwischen privaten, sogenannten marktbestimmten Dienstleistungen und öffentlichen Dienstleistungen auf Basis der vierteljährlichen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamts. An- und Ungelernte verdienen im dritten Quartal 2014 in der öffentlichen Verwaltung 2.068 Euro brutto im Monat und damit deutlich mehr als im privaten Sektor, wo nur 1.806 Euro herausprangen (Grafik).

Genau umgekehrt ist es bei den hochqualifizierten Arbeitnehmern:

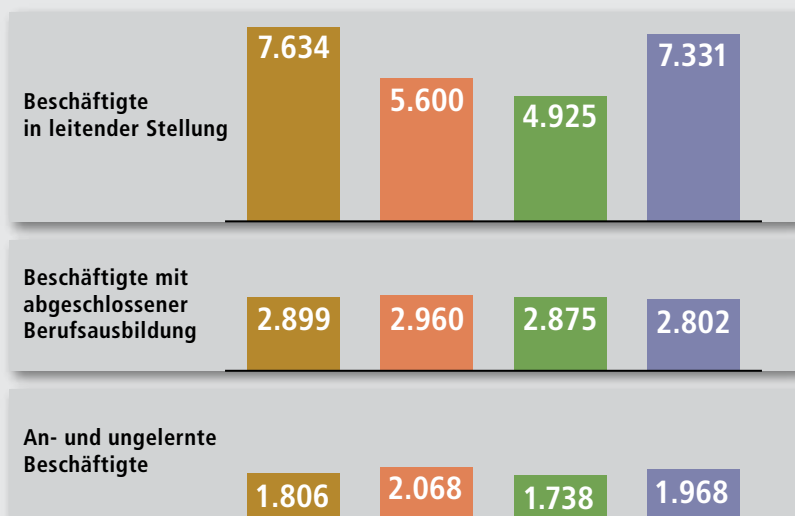
In der öffentlichen Verwaltung verdienen ein leitender Angestellter im dritten Quartal 2014 monatlich 5.600 Euro – die marktbasieren Dienstleister dagegen zahlten ein durchschnittliches Monatsgehalt von 7.634 Euro.

Angesichts dieser Entlohnungsstrukturen lohnt es sich also für Hochschulabsolventen und andere

Öffentlicher Dienst: Für Hochqualifizierte wenig attraktiv

Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld im dritten Quartal 2014 in Euro

■ Marktbestimmte Dienstleistungen ■ Öffentliche Verwaltung ■ Erziehung und Unterricht ■ Gesundheit und Sozialwesen



Marktbestimmte Dienstleistungen: Handel, Gastronomie, Verkehr und Logistik, Finanzdienstleistungen, unternehmensnahe Dienstleistungen; öffentliche Verwaltung sowie Erziehung und Unterricht: einschließlich Beamte; Quelle: Statistisches Bundesamt

Spitzenkräfte finanziell kaum, eine Karriere in der öffentlichen Verwaltung anzustreben. Erschwerend kommt noch hinzu, dass es im öffentlichen Dienst üblicherweise keine übertarifliche Entlohnung gibt, die das Lohngefälle für Hochqualifizierte zwischen staatlichen und privaten Arbeitgebern ausgleichen könnte.

Damit es sich für gut ausgebildete Arbeitnehmer rechnet, im Staatsdienst zu arbeiten, sind die Tarifparteien im öffentlichen Dienst mehr als in der Privatwirtschaft gefordert, die Tarifstrukturen so zu differenzieren, dass sie den Personalbedarfsanforderungen gerecht werden. Statt die Lohnstruktur im öffentlichen Dienst durch überproportionale Tarifanhebungen der unteren Entgeltgruppen zu stauchen, müsste sie so angepasst werden, dass die Bezahlung qualifizierter Tätigkeiten mit den entsprechenden Gehältern in der freien Wirtschaft mithalten kann.

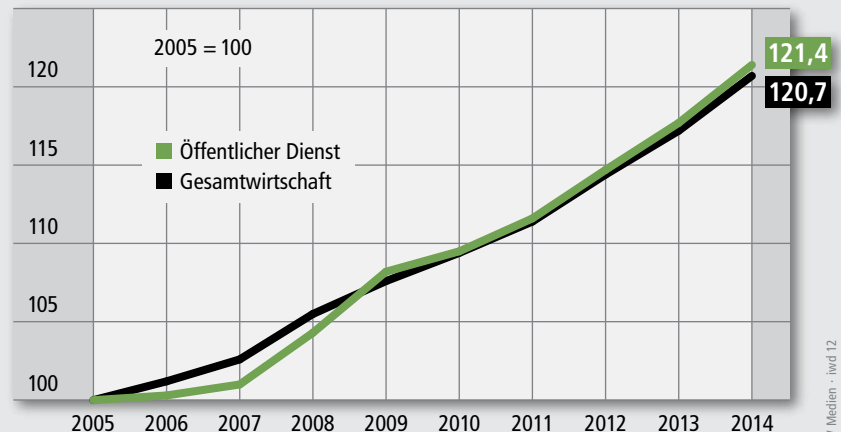
Insgesamt haben die Tariflöhne im öffentlichen Dienst zuletzt durchaus ein wenig aufgeholt (Grafik):

Seit 2010 sind die Tarifverdienste im öffentlichen Dienst etwas stärker gestiegen als in der Gesamtwirtschaft.

Die Lücke zur Privatwirtschaft zu schließen, ist allerdings nur ein erster Schritt. Um bei den Vergütungen innerhalb des öffentlichen Dienstes eine größere Lohndifferenzierung zu erreichen, sind weitere, flexiblere Maßnahmen notwendig. So könnten zum Beispiel Teile des Verteilungsspielraums dafür genutzt werden, den Ausbau von Leistungsprämien voranzutreiben oder Zulagensysteme zu schaffen.

Öffentlicher Dienst hält mit

Tarifverdienste je Stunde einschließlich Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld



Öffentlicher Dienst: Angestellte und Beamte in Bund, Ländern und Gemeinden
 Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwv12



Interview +++ Interview +++ Interview ++

Nachgefragt bei **Dr. Hagen Lesch**,
 Leiter des Kompetenzfelds Tarifpolitik
 und Arbeitsbeziehungen im Institut der
 deutschen Wirtschaft Köln (IW)

Wie sähe der ideale Tarifabschluss im öffentlichen Dienst aus?

Der Abschluss sollte keine übermäßige Anhebung für die unteren Leistungsgruppen beinhalten. Außerdem sollte ein Teil der Verteilungsmasse in einen Fonds fließen, aus dem Zahlungen für bestimmte Sonderaufgaben geleistet werden – zum Beispiel dafür, dass ein Lehrer zusätzlich zu seinem Stundendeputat die nachmittägliche Theater-AG an seiner Schule leitet.

Wie realistisch ist ein solcher Abschluss?

Leider ziemlich unrealistisch, weil ver.di seit einigen Jahren versucht, die weniger qualifizierten und entsprechend schlechter bezahlten Arbeitnehmergruppen besserzustellen. Anders sieht es bei den Lehrervergütungen aus: Hier geht es erst mal darum, zu einer bundeseinheitlichen Eingruppierung zu kommen – da bin ich optimistisch.

Sie plädieren auch dafür, den besonders gut Qualifizierten im öffentlichen Dienst größere Spielräume bei den Gehaltserhöhungen einzuräumen als den weniger verdienenden Geringqualifizierten. Welcher der beteiligten Tarifpartner sieht das genauso?

Das Thema steht nicht auf der Agenda der laufenden Tarifrunde. Ein Problem im öffentlichen Dienst ist ja, dass es keine Möglichkeit gibt, benötigte Fachleute mithilfe von nicht tariflich geregelten Zulagen anzulocken. Es ist dort einfach nicht üblich, auf den Tarifverdienst noch etwas oben draufzulegen.

Gibt es Branchen, in denen die von Ihnen geforderten Lohndifferenzierungen in den Tarifabschlüssen stehen?

In der Industrie wird die Lohndifferenzierung nicht nur über die Tarifverträge, sondern auch durch eine übertarifliche Bezahlung erzeugt, etwa in der Chemie- und Metallindustrie. Gleiches gilt aber auch für den Großhandel, für Finanzdienstleister oder den IT-Sektor.

Diplom-Kindergärtnerinnen gesucht

Kinderbetreuung. Von den Beschäftigten in Kindertagesstätten wird heute viel erwartet und gefordert. Dennoch haben nur wenige Kindergärtnerinnen einen Hochschulabschluss. Während in Berlin immerhin jede achte Beschäftigte in der Branche ein Diplom hat, ist es im Saarland nur eine von 35.

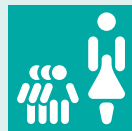
Kindergärtnerin gesucht! Den 14.000 arbeitslosen Erzieherinnen und Erziehern stehen bundesweit knapp 7.000 gemeldete offene Stellen gegenüber (Kasten). In anderen Berufen kommen mehr als fünf Arbeitslose auf eine gemeldete Stelle. Allerdings gibt es bei den Erziehern große regionale Unterschiede:

In Berlin konkurrieren fünf Arbeitslose um eine offene Stelle, während in Baden-Württemberg jedem Arbeitslosen eine freie Position gegenübersteht.

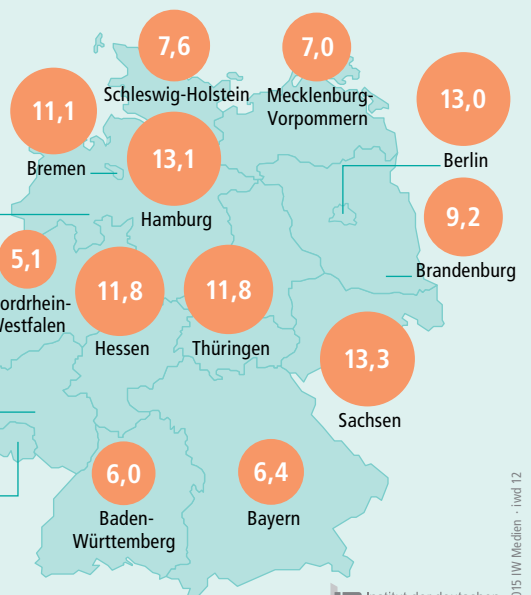
Oft wird darauf hingewiesen, dass der Beruf attraktiver sein könnte, wenn die Verdienste besser wären.

Kindergärtnerinnen mit Diplom

So viel Prozent der Beschäftigten in Kindergärten und Vorschulen hatten 2014 einen Hochschulabschluss



Nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; Niedersachsen, Sachsen, Thüringen: geschätzt; Sachsen-Anhalt: keine Angaben
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit



iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2015 IW Medien - Iwd 12

Die tarifliche Grundvergütung ist mit 2.000 bis 2.700 Euro brutto pro Monat in der Tat nicht übermäßig hoch, auch wenn Kita-Leiterinnen bis zu 4.500 Euro monatlich verdienen können. Allerdings haben die meisten Kindergärtnerinnen – fast 95 Prozent der Beschäftigten in dieser Branche sind Frauen – lediglich eine berufliche Ausbildung. Besonders in den Bundesländern Nord-

rhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland sind Akademikerinnen in dieser Branche kaum zu finden (Grafik).

Generell gilt für Kindergärten und Vorschulen: Es wird vergleichsweise wenig ausgebildet. Bundesweit kommt derzeit auf 100 Beschäftigte nur eine Auszubildende. Im Maschinenbau sind es dagegen mehr als fünfmal so viele.

Adressaufkleber

Offene Stellen

Die offenen Stellen, die der Bundesagentur für Arbeit gemeldet werden, sind nur ein Teil des gesamten Stellenangebots. In der Regel geben die Betriebe nur rund jede zweite offene Stelle bei der Arbeitsagentur an. Viele Unternehmen suchen lieber selbst – zum Beispiel per Zeitungsannonce oder über Stellenbörsen im Internet. Bei einer Meldequote von 50 Prozent ist der Arbeitsmarkt für Erzieherinnen also rein rechnerisch ausgeglichen.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich
Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.